Woche bis Freitag, den 8. August 2008

Marktinfo

Wöchentliche Marktübersicht

Inhalt

Internationale Finanzmärkte 2

Der Dollar steigt wieder
Internationale Finanzmärkte 2

Internationale Aktienmärkte im Überblick 3

USA 4

Europa 4

Bank of England, Europäische Zentralbank 5

Asiatisch-pazifischer Raum 6
Reserve Bank Australia 6
Bank Indonesia, Bank of Korea 7

Währungen 8
Ausgewählte Währungen – Wochenergebnisse 9

Indikatoren-Übersicht 10

Europa 10
Eurozone, Deutschland 10

Asiatisch-pazifischer Raum (ohne Japan) 11
Australien, Taiwan, USA 11

USA 12
USA 12

Fazit und Ausblick 14

Vorausschau 15

11.–15. August 2008 15

Wichtige Informationen 16

Quelle:
Die Informationen werden von Fidelitys Investment-Communication-Team zusammengestellt. Sie basieren auf einer großen Auswahl externer Quellen sowie auf Informationen, die Fidelitys Fondsmanager und Analysten zur Verfügung stellen. Fidelity übernimmt weder die Gewähr für den Inhalt der Informationen noch haftet Fidelity für etwaige Irrtümer, Fehler, Auslassungen oder widersprüchliche Angaben darin.

Internationale Finanzmärkte

Von Anne D. Picker, Chefvolkswirtin, produziert von ECONODAY

Der Dollar steigt wieder

Internationale Finanzmärkte

Trotz der schwächeren Wachstumsprognosen und der anhaltend hohen Inflation ließen die Federal Reserve, die Europäische Zentralbank, die Bank of England und die Reserve Bank of Australia ihre Leitzinsen unverändert bei 2 %, 4,25 %, 5 % bzw. 7,25 %. Der Ausbruch der Kreditkrise liegt nun ein Jahr zurück, und die Aussichten sind nach wie vor trübe: In den USA, der Europäischen Union, Großbritannien und Australien deuten die Statistiken auf eine konjunkturelle Abschwächung hin, auch in Japan verlangsamt sich die Wirtschaft und könnte in eine technische Rezession münden. Gleichzeitig liegt die Inflation überall über den – mehr oder weniger ausdrücklich erklärten – Zielwerten und dürfte noch einige Zeit dort verharren. In Asien ergreifen die Notenbanken jedoch erste Maßnahmen gegen den starken Teuerungsdruck: Um dem Preisauftrieb entgegenzuwirken, erhöhten die Bank Indonesia und die Bank of Korea vorige Woche ihre Leitzinsen.

Auch wenn der Druck auf den Ölpreis in jüngster Zeit nachgelassen hat, gehen die Notenbanken noch nicht davon aus, dass die Inflationsgefahr beseitigt ist. Sie sind weiterhin wachsam und tun das Ihre, damit die steigenden Preise nicht die Inflationserwartungen beeinflussen. Der sinkende Ölpreis, der von seinem Höchststand von 147 US$/Barrel um 30 US$ gefallen ist, ist immerhin als Hoffnungsschimmer zu werten.

Die Notenbankchefs hatten schwere zinspolitische Entscheidungen zu treffen: Da das Wachstum weiter an Fahrt verliert, könnten niedrigere Zinsen der Wirtschaft wichtige Impulse geben. Gleichzeitig liegt die Inflation jedoch weiterhin über den Zielwerten, und bis ein niedrigerer Ölpreis auf die Wirtschaft wirkt, wird Zeit vergehen.

Auswirkungen hatten die Erklärungen der Notenbankchefs auch auf die Devisenmärkte: Der US-Dollar stieg gegenüber nahezu allen anderen großen Währungen, so auch gegenüber dem Britischen Pfund, dem Euro, dem Kanadischen und dem Australischen Dollar. Darüber hinaus verhalf auch der niedrigere Ölpreis der US-Devise zu Kursgewinnen.

Im Wochenverlauf tendierten sieben der 13 asiatischen Aktienindizes schwächer; die Verluste bewegten sich dabei von -0,3 % (Kospi) bis -7 % (Shanghai Composite). Die Gewinne andererseits reichten von 0,6 % (Nikkei) bis 2,9 % (Taiex). In Europa verbuchten DAX, CAC und FTSE in dieser Woche Gewinne, in Nordamerika tendierte nur der kanadische S&P/TSX Composite Index schwächer. Der US-Dollar konnte diese Woche gegenüber allen großen Währungen zulegen.

Internationale Aktienmärkte im Überblick

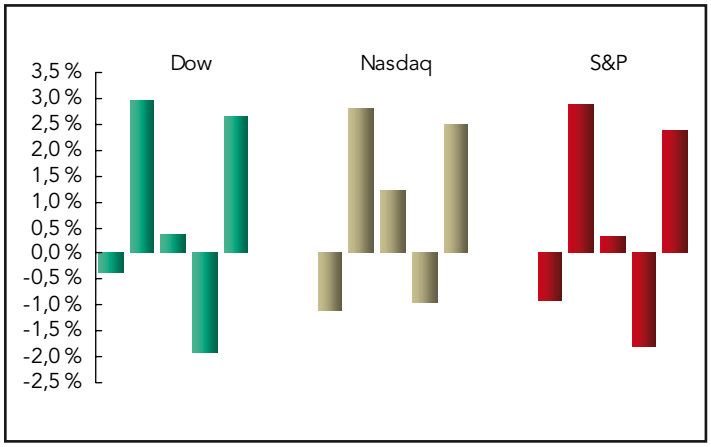
		2007	2008		Veränderung in %	
	Index	31. Dezember	1. August	8. August	Woche	Jahr
Asien						
Australien	All Ordinaries	6.421,0	4.978,0	5.037,6	1,2 %	-21,5 %
Japan	Nikkei 225	15.307,8	13.094,6	13.168,4	0,6 %	-14,0 %
	Topix	1.475,7	1.272,9	1.259,9	-1,0 %	-14,6 %
Hongkong	Hang Seng	27.812,7	22.862,6	21.885,2	-4,3 %	-21,3 %
Südkorea	Kospi	1.897,1	1.573,8	1.568,7	-0,3 %	-17,3 %
Singapur	STI	3.482,3	2.906,1	2.807,5	-3,4 %	-19,4 %
China	Shanghai Composite	5.261,6	2.801,8	2.605,7	-7,0 %	-50,5 %
Indien	Sensex 30	20.287,0	14.656,7	15.167,8	3,5 %	-25,2 %
Indonesien	Jakarta Composite	2.745,8	2.248,8	2.195,9	-2,3 %	-20,0 %
Malaysia	KLSE Composite	1.445,0	1.159,1	1.120,3	-3,3 %	-22,5 %
Philippinen	PSEi	3.621,6	2.584,2	2.692,8	4,2 %	-25,6 %
Taiwan	Taiex	8.506,3	7.002,5	7.209,0	2,9 %	-15,3 %
Thailand	SET	858,1	678,7	690,7	1,8 %	-19,5 %
Europa						
Großbritannien	FTSE 100	6.456,9	5.354,70	5.489,20	2,5 %	-15,0 %
Frankreich	CAC	5.614,1	4.314,34	4.491,85	4,1 %	-20,0 %
Deutschland	XETRA DAX	8.067,3	6.396,46	6.561,65	2,6 %	-18,7 %
Nordamerika						
USA	Dow	13.264,8	1.1326,32	11.734,32	3,6 %	-11,5 %
	NASDAQ	2.652,3	2310,96	2.414,10	4,5 %	-9,0 %
	S&P 500	1.468,4	1.260,31	1.296,32	2,9 %	-11,7 %
Kanada	S&P/TSX Comp.	13.833,1	13.496,53	13.341,74	-1,1 %	-3,6 %
Mexiko	Bolsa	29.536,8	26.959,18	27.132,79	0,6 %	-8,1 %

Die Börsen in den USA und Kanada waren am Montag, den 4. August 2008, geschlossen.
Die Börse in Hongkong war am Mittwoch, den 6. August 2008, aufgrund eines Taifuns geschlossen.

USA

Der Dow Jones war in den vergangenen zwei Wochen auf Achterbahnfahrt: In den letzten zehn Handelstagen schlug der Index über 200 Punkte nach oben bzw. unten aus. Allein in der vergangenen Woche sprang der Index am Dienstag um 331,6 Punkte nach oben und fiel zwei Tage später um 224,6 Punkte. Am Freitag kletterte er wieder um 302,9 Punkte und beendete die Woche mit einem Plus von insgesamt 408 Punkten bzw. 3,6 %. Der Nasdaq und der S&P 500 hatten weniger starke Ausschläge und konnten die Woche ebenfalls mit beeindruckenden Gewinnen abschließen: Der Nasdaq stieg um 4,5 %, der S&P 500 um 2,9 %.

Die Woche an der US-Börse



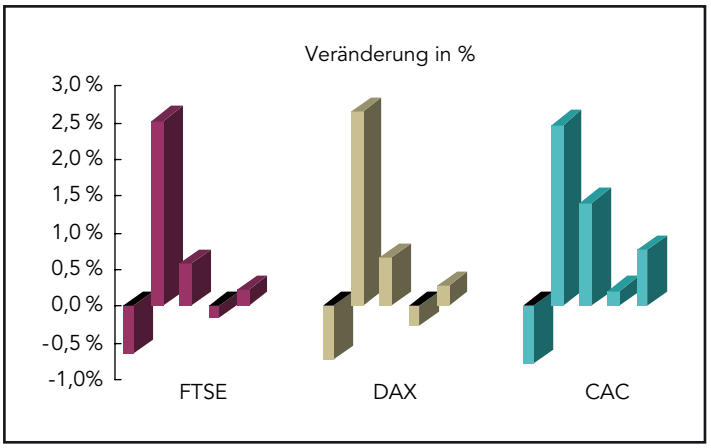
Angetrieben wurde die Kursrally durch den Rückgang der Rohstoffpreise (vor allem von Rohöl), die im Wochenverlauf ca. 4,5 % sanken. Einzelhandels-, Fertigungs- und Transportaktien stiegen, da erwartet wurde, dass niedrigere Rohstoffpreise für steigende Gewinne sorgen würden. Händler und Analysten hegen allerdings die Befürchtung, dass der Markt erneut auf seine jüngsten Tiefstände zurückfallen könnte. Manche Anleger beklagten auch, dass die relativ niedrigen Zinsen der Federal Reserve bislang ohne die übliche stimulierende Wirkung auf die Gesamtwirtschaft geblieben sind, da die anhaltende Kreditkrise die kurzfristige Finanzierung von Banken und anderen Unternehmen erschwert. Darüber hinaus zeigten die US-Beschäftigungszahlen vom Donnerstag, dass der Druck auf den Arbeitsmarkt weiter anhält.

Wie weitgehend erwartet, ließ die Federal Reserve die Leitzinsen von derzeit 2 % bei ihrer Sitzung am Dienstag unverändert. Die Verantwortlichen bewegen sich auf dem schmalen Grat zwischen Wachstumsabschwächung einerseits und steigendem Inflationsdruck andererseits. In ihrer der Sitzung folgenden Erklärung betonten die Währungshüter, obwohl weiter Abwärtsrisiken für das Wachstum beständen, gäben die Aufwärtsrisiken für die Inflation ebenfalls Anlass zu beträchtlicher Sorge.

Europa

Von den Anlegern mit Spannung erwartet wurden die Zinsentscheidungen dieser Woche: zunächst die der Federal Reserve am Dienstag, dann die der Bank of England und der EZB am Donnerstag. Als die Erklärungen der Notenbanken ausgiebig analysiert waren und Börsianer ihre Schlüsse gezogen hatten, beendeten die Indizes FTSE, CAC und DAX die Woche im Plus. Der FTSE war an drei von fünf Tagen im Plus, der DAX und der CAC jeweils an vier. Die Gewinne fielen in dieser Woche solide aus: Der CAC stieg um 4,1 %, der Dax um 2,6 % und der FTSE um 2,5 %.

FTSE, DAX und CAC im Wochenverlauf

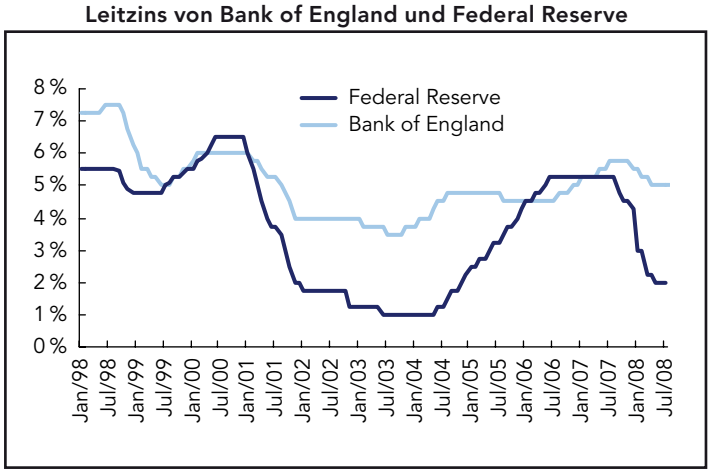


Am Donnerstag tendierten DAX und CAC leichter, als EZB-Präsident Jean-Claude Trichet von einer Verlangsamung des Wirtschaftswachstums sprach und der US-Arbeitsmarktbericht die höchste Zahl an Neuanträgen auf Arbeitslosengeld seit sechs Jahren auswies. In der Pressekonferenz im Anschluss an die EZB-Sitzung prognostizierte Trichet, vor allem im dritten Quartal des Jahres werde sich das Wachstum abschwächen. Den jüngsten Statistiken zufolge ist Europa auf dem Weg in eine Rezession weiter vorangeschritten als die USA, daraus machte Trichet keinen Hehl. Er räumte ein, dass die Statistiken auf „eine Abschwächung des realen BIP in der Mitte des Jahres hindeuten" und sagte ausdrücklich, die EZB habe keine Tendenz mehr, die Zinsen zu erhöhen. Wie üblich, bekannte er sich zur Inflationsbekämpfung, doch der Markt zog daraus seine eigenen Schlüsse: Die Zinserhöhung im Juli war offenbar eine Ausnahme, ein einmaliger Warnschuss, dem vorerst keine weiteren folgen würden.

Bank of England

Die Bank of England ließ ihren Leitzins wie allgemein erwartet bei 5 %, da sich das Wachstum weiter abschwächt und der Inflationsdruck zunimmt. Die letzte Zinserhöhung hatte im April stattgefunden. Der zinspolitische Ausschuss der BoE steckt in einer Zwickmühle: Einerseits muss dieser der Wachstumsschwäche begegnen, zum anderen aber auch den steigenden Inflationsdruck eindämmen.

Leitzins von Bank of England und Federal Reserve



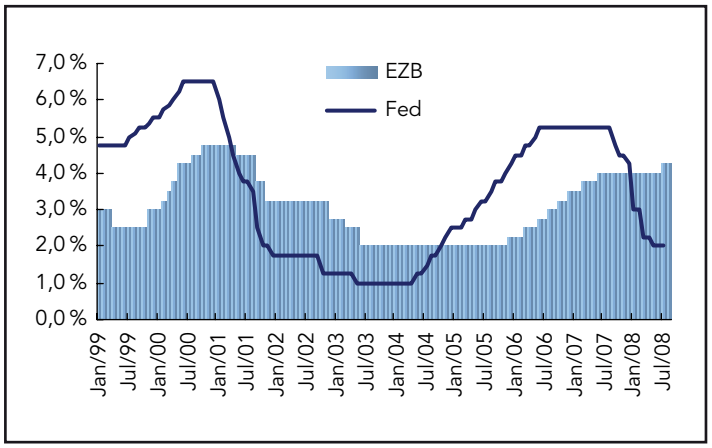
Die Anzeichen mehren sich, dass die Wirtschaft in eine ernsthafte Abschwächung, wenn nicht gar in eine echte Rezession abgleitet. Das BIP-Wachstum im 2. Quartal betrug nach ersten Schätzungen lediglich 0,2 % bzw. 1,6 % im Vergleich zum Vorjahr, was die Verlangsamung verdeutlicht. Diese jüngst veröffentlichten Daten sind schwach, da die Immobilienbranche und mit ihr das Verbrauchervertrauen angeschlagen sind. Auch die Fertigungs- und Dienstleistungsbranchen verzeichnen weiter Rückgänge: Die jüngsten Produktionszahlen der Industrie und der Fertigungsbranche fielen schwächer aus als erwartet, auch die Einkaufsmanager-Indizes bieten ein trübes Bild.

Der Kreditzins der BoE ist mit 5 % nach wie vor der höchste der G7-Staaten, der Zinssatz der Bank of Japan ist mit 0,5 % der niedrigste. Wie üblich, kommentierte die Bank ihre Zinsentscheidung nicht. Die Beobachter müssen zwei Wochen warten, bis das Sitzungsprotokoll veröffentlicht wird. Bei der Juli-Sitzung der Bank teilten sich die Ausschussmitglieder in der Frage der künftigen Zinsrichtung in drei Gruppen, und die Entscheidungsgrundlagen haben sich nach Einschätzung von Experten seither nicht vereinfacht. Am 13. August werden die Währungshüter ihren vierteljährlichen Inflationsbericht veröffentlichen, in dem sie ihre aktuelle Einschätzung der Wachstumsaussichten geben.

Europäische Zentralbank

Die EZB hat ihren Leitzins wie allgemein erwartet bei 4,25 % gelassen. Die bislang letzte Zinserhöhung, um 25 Basispunkte, fand im Juni statt. Der Abstand zwischen den Zinsen in der Europäischen Währungsunion und den USA liegt nun bei 2,25 %, zu dem Zinssatz der BoE beträgt der Abstand indes nur 75 Basispunkte. Die Inflation, gemessen am harmonisierten Konsumpreisindex, stieg im Juli um 4,1 %; dies ist der höchste Wert seit Beginn der Aufzeichnungen im Jahr 1997 und doppelt so hoch wie das Inflationsziel der EZB von knapp unter 2 %.

EZB-Zinsen unverändert bei 4,25 %



Wie die Bank of England steckt auch die EZB in einer Zwickmühle zwischen steigendem Inflationsdruck einerseits und sich rasch abschwächender Konjunktur andererseits. In Deutschland, dem Wachstumsmotor der Eurozone, hat sich die Konjunktur drastisch verlangsamt, so dass für das 2. Quartal 2008 ein Negativwachstum erwartet wird. Die Auftragseingänge in der Industrie sanken im Juni den siebten Monat in Folge, die Umsätze im Einzelhandel gingen um 2,8 % zurück. In der Pressekonferenz im Anschluss an die EZB-Sitzung räumte Präsident Trichet ein, dass das Wirtschaftswachstum im dritten Quartal „besonders schwach" ausfallen werde, und deutete an, der EZB-Rat werde sich hüten, dann die Zinsen zur Abbremsung der Inflation anzuheben.

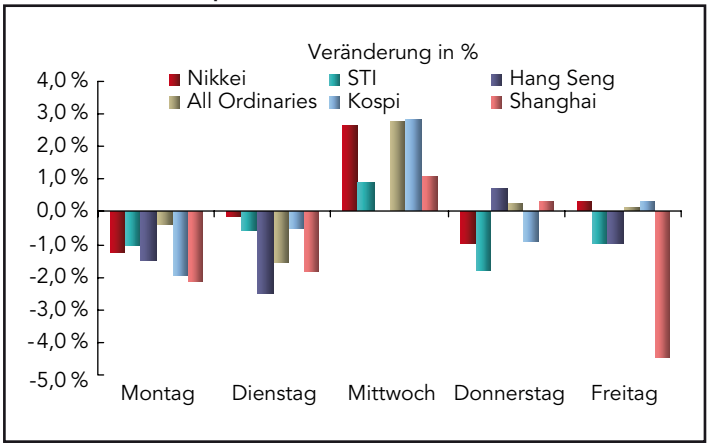
Trichet verteidigte die Zinserhöhung vom Juli als gerechtfertigt; gleichzeitig betonte er, dass sich Wachstumsrisiken abzeichneten und die Abwärtsrisiken insgesamt überwögen. Trichet betonte, die EZB verfolge in ihrer Zinspolitik keinen bestimmten Trend. Gegenüber der vorangegangenen Erklärung verzichtete Trichet diesmal auf die Formulierung „moderates anhaltendes Wachstum" und verwies darauf, dass die EZB die wirtschaftliche Entwicklung besser einschätzen könne, wenn ihr im September neue eigene Prognosen vorliegen.

Anders als die Bank of England trifft die EZB ihre Entscheidungen nach dem Konsensprinzip und veröffentlicht kein Sitzungsprotokoll. Um die den Beschlüssen zugrunde liegenden Überlegungen zu erläutern, hält EZB-Präsident Trichet ca. 45 Minuten nach Ende der Sitzung eine Pressekonferenz ab. Er verliest dann eine Erklärung und antwortet auf Fragen der Journalisten.

Asiatisch-pazifischer Raum

Die Börsen der Region präsentierten sich vergangene Woche uneinheitlich; die Anleger befürchteten, dass die Konjunkturschwäche in den USA die Nachfrage nach Waren aus Asien bremsen könnte. In Hongkong und Shanghai fielen die Kurse chinesischer Aktien im Vorfeld der Olympischen Spiele, die am Freitag in Peking eröffnet wurden. Die Kurse an der Börse in Shanghai haben sich seit Jahresbeginn halbiert und liegen 57,5 % unter ihrem Höchststand vom Oktober 2007. Nach Ansicht von Analysten ist der Kursrückgang am Freitag auf die Angst vor Störungen der Spiele durch sicherheitsrelevante Vorfälle zurückzuführen. Manche Marktteilnehmer zeigten sich enttäuscht, dass von Seiten der Regierung vor dem Beginn der Spiele keine weiteren marktstabilisierenden Maßnahmen angekündigt wurden. Der Aktienmarkt in Hongkong war sehr volatil; am Mittwoch blieb die Börse aufgrund eines Taifuns geschlossen. Im Wochenverlauf verlor der Index 4,3 %.

Asiatisch-pazifische Indizes im Wochenverlauf



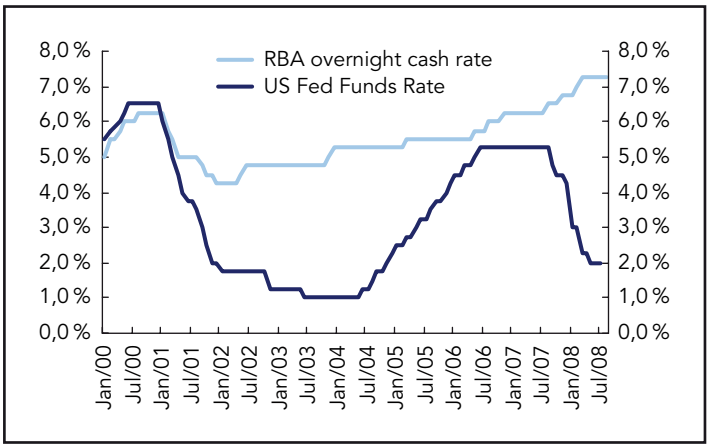
In Japan tendierte der Nikkei diese Woche stärker, der breiter angelegte Topix musste hingegen Verluste hinnehmen. Die wichtigsten Impulse für den Aktienmarkt kamen von dem schwächeren Yen, der auf seinen niedrigsten Stand seit Januar gefallen ist. Der billigere Yen hilft den Exporteuren, ihre Konkurrenzfähigkeit im Ausland und damit ihre Gewinne zu steigern. Zu dem Plus kam es trotz einer Reihe weniger positiver Daten und Prognosen, die aufgrund der schwächeren US-Konjunktur eine „technische" Rezession auf die japanische Wirtschaft erwarten lassen.

Nach Ansicht des Kabinettsbüros könnte die bislang längste Phase wirtschaftlicher Expansion seit dem Zweiten Weltkrieg nun zu Ende sein und die Wirtschaft möglicherweise in eine Abschwungphase übergehen. Das Kabinettbüro sprach zwar nicht ausdrücklich von einer Rezession, äußerte jedoch ernste Besorgnis angesichts der schwachen Produktions- und Exportdaten vor dem Hintergrund der US-Konjunkturverlangsamung. Dieser pessimistischen Einschätzung ging eine Reihe enttäuschender Wirtschaftsdaten voraus, denen nun nächste Woche die vorläufigen BIP-Zahlen für das 2. Quartal folgen werden; vom Markt wird für das 1. Quartal des Steuerjahres 2008 (d. h. dem 2. Quartal 2008) ein Negativwachstum prognostiziert.

Reserve Bank of Australia

Die Reserve Bank of Australia (RBA) ließ ihren Leitzins wie erwartet unverändert bei 7,25 % – das ist der höchste Stand seit zwölf Jahren. Die RBA will die Inflation bekämpfen, die weit über dem Zielband von 2 bis 3 % liegt. Vor allem aufgrund der gestiegenen Kraftstoffpreise lagen die Verbraucherpreise im 2. Quartal 2008 4,5 % über ihrem Vorjahresstand.

RBA-Zinsen stabil bei 7,25 %



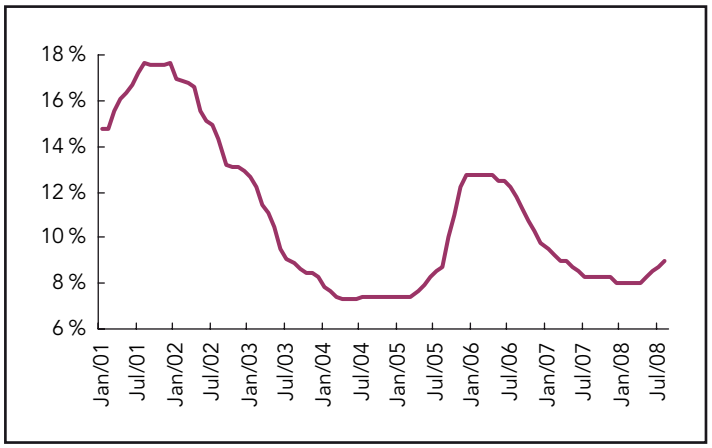
In ihrer Erklärung nach der Sitzung deutete die RBA an, sie denke zum ersten Mal seit fast sieben Jahren über eine Zinssenkung nach, da sich die Inflationsgefahr durch das schwächere Wirtschaftswachstum verringere. Aufgrund der nachlassenden Nachfrage, so die Notenbank, erhöhe sich künftig der Spielraum für eine weniger restriktive Zinspolitik. Der Australische Dollar verbilligte sich daraufhin, da Händler spekulierten, die RBA könnte schon im September die Zinsen senken. Einzelhandelsumsätze, Verbrauchervertrauen und Häuserpreise entwickelten sich seit der letzten Erhöhung der Leitzinsen der RBA im März rückläufig. Seit ihrer letzten Zinssenkung im Dezember 2001 hat die RBA die Zinsen zwölf Mal heraufgesetzt.

Bank Indonesia

Die indonesische Notenbank hob ihren Leitzins bei der Sitzung vergangene Woche zum vierten Mal in Folge an, um die Inflation zu bekämpfen, die auf dem höchsten Stand seit fast zwei Jahren liegt, und zwar um 25 Basispunkte auf nun 9 %. Die asiatischen Zentralbanken, von Pakistan bis zu den Philippinen, setzen derzeit ihre Leitzinsen herauf, da die gestiegenen Kraftstoff- und Lebensmittelpreise die Inflation in der Region anheizen.

Die Verbraucherpreise stiegen im Juli um 11,9 %, Nahrungsmittel verteuerten sich um 19,9 %, so stark wie seit über zehn Jahren nicht mehr. Die Notenbank will nach eigenen Angaben alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel ausschöpfen, um dem Teuerungsdruck entgegenzuwirken und die Inflation von dem diesjährigen Niveau von 11,5 % bis 12,5 % im kommenden Jahr auf 6,5 % bis 7,5 % zu senken.

Bank Indonesia erhöht Leitzins auf 9 Prozent

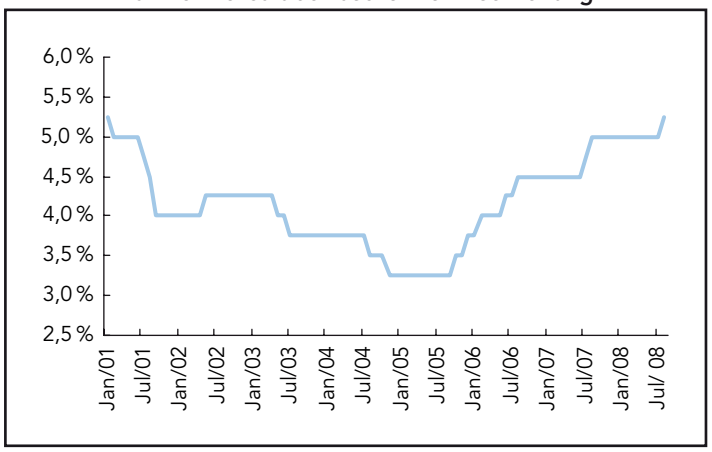


Bank of Korea

Die Bank of Korea hat ihren Leitzins überraschend um 25 Basispunkte auf 5,25 % angehoben; dies ist der höchste Stand seit acht Jahren und die erste Anhebung seit zwölf Monaten. Die Inflation, die auf ihrem höchsten Stand seit zehn Jahren liegt, stellt nach Ansicht der Notenbanker eine größere Gefahr für die Wirtschaft dar als die Konjunkturabschwächung.

Im Juli stiegen die Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr um 5,9 % und lagen damit den neunten Monat in Folge über dem Inflationsziel der Zentralbank. Ziel der Bank ist es, die Teuerung in den drei Jahren bis 2009 in einem Korridor von 2,5 bis 3,5 % zu halten. Verstärkt wird die Besorgnis der Bank durch die Tatsache, dass der Koreanische Won seit Jahresbeginn gegenüber dem Dollar 8 Prozent verloren hat, was Einfuhren verteuert und den Inflationsdruck verschärft. Gegenüber dem Vorjahresmonat lagen die Importpreise im Juni 49 % höher; dies ist der größte Preisanstieg seit über zehn Jahren. Schätzungen zufolge hat die Notenbank seit Ende Mai über 12 Milliarden US$ zur Stützung des Won und zur Inflationsbekämpfung ausgegeben.

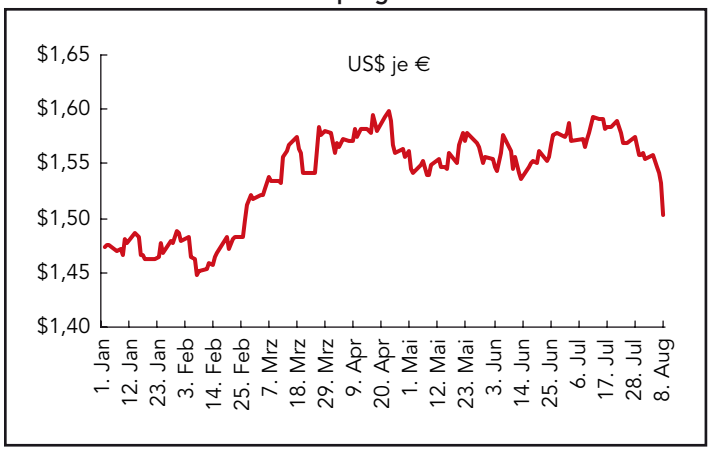
Bank of Korea überrascht mit Zinserhöhung



Währungen

Der US-Dollar kletterte gegenüber dem Euro auf seinen höchsten Stand seit fünf Monaten; gegenüber dem Britischen Pfund erreichte die US-Devise ihren höchsten Stand seit 21 Monaten, gegenüber dem Yen ein Sieben-Monats-Hoch. Grund hierfür ist die wachsende Überzeugung, dass sich die Kreditkrise mit ihren Folgen weltweit ausbreitet. Am Freitag verbuchte der Dollar gegenüber dem Euro seinen stärksten Ein-Tages-Gewinn seit acht Jahren. Auch gegenüber anderen Währungen legte die US-Devise zu und unterstrich so den positiven Stimmungswandel, den sie derzeit erlebt.

Schwache Wachstumsprognosen belasten Euro



Von der Entscheidung der Federal Reserve, den Leitzins bei 2% zu lassen, zeigte sich der Dollar wenig beeindruckt. Stattdessen brachte die Erklärung von EZB-Präsident Trichet Bewegung in den Dollarkurs. In der Pressekonferenz im Anschluss an die Sitzung äußerte Trichet die Befürchtung, dass sich die Wirtschaft im Euroraum in den kommenden Monaten erheblich abschwächen könnte. Händler verkauften Euro-Positionen, da Zinserhöhungen der EZB für die nächste Zeit aus der Sicht entschwanden.

Nach Meinung der Analysten zeigte sich die positive Stimmung gegenüber dem Dollar auch darin, dass die Anleger Trichets Äußerungen zum Thema Inflation bewusst ignorierten ebenso wie seine Versuche, die aktuelle Konjunkturschwäche zu relativieren und seine Prognose, dass sich die Wirtschaft vor Jahresende wieder erholen werde. Im Wochenverlauf stieg der US-Dollar gegenüber dem Euro um etwa 3,2% auf seinen höchsten Stand seit Februar.

Ausgewählte Währungen – Wochenergebnisse

	Index	2007	2008		Veränderung in %	
		31. Dezember	1. August	8. August	Woche	Jahr
USD je Währungseinheit						
Australien	Australischer Dollar	0,878	0,929	0,889	-4,3 %	1,3 %
Neuseeland	Neuseeländischer Dollar	0,774	0,727	0,705	-3,1 %	-8,9 %
Kanada	Kanadischer Dollar	1,012	0,973	0,937	-3,7 %	-7,4 %
Eurozone	Euro	1,460	1,554	1,502	-3,4 %	2,8 %
Großbritannien	Britisches Pfund	1,984	1,973	1,920	-2,7 %	-3,2 %
Währungseinheit je USD						
China	Yuan	7,295	6,842	6,857	-0,2 %	6,4 %
Hongkong	Hongkong-Dollar*	7,798	7,805	7,811	-0,1 %	-0,2 %
Indien	Rupie	39,410	42,390	42,230	0,4 %	-6,7 %
Japan	Yen	111,710	107,760	110,220	-2,2 %	1,4 %
Malaysia	Ringgit	3,306	3,262	3,313	-1,5 %	-0,2 %
Singapur	Singapur-Dollar	1,436	1,373	1,406	-2,3 %	2,2 %
Südkorea	Won	935,800	1.015,000	1.028,050	-1,3 %	-9,0 %
Taiwan	Taiwan-Dollar	32,430	30,780	31,275	-1,6 %	3,7 %
Thailand	Baht	29,500	33,495	33,645	-0,4 %	-12,3 %
Schweiz	Schweizer Franken	1,133	1,051	1,081	-2,7 %	4,9 %

*An den USD gekoppelt;
Quelle: Bloomberg.

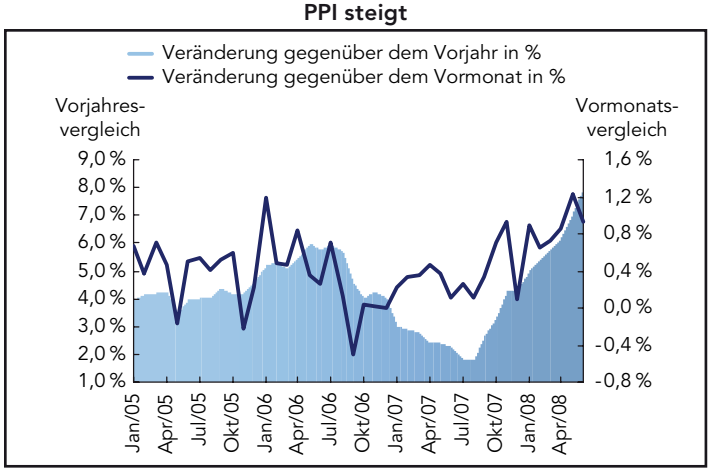
Indikatoren-Übersicht

Europa

Eurozone

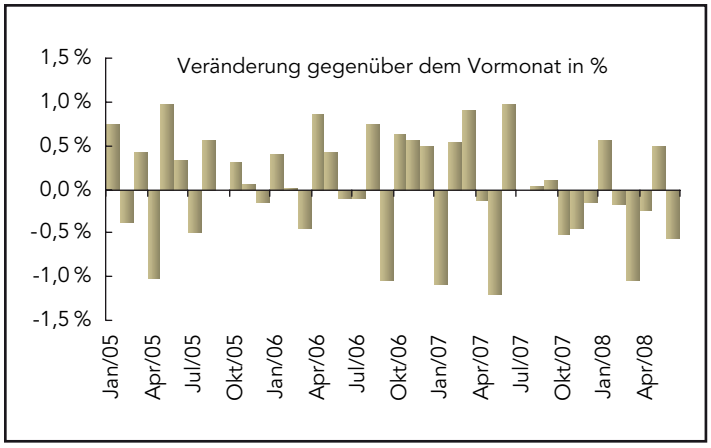
Der Erzeugerpreisindex stieg im Juni um 0,9 % im Vormonatsvergleich und um 8 % verglichen mit dem Vorjahr. Erneut waren vor allem die Energiekosten für den Anstieg verantwortlich (2,7 % gegenüber dem Vormonat, 21,4 % im Vorjahresvergleich); doch auch ohne diese Branche stiegen die Preise im Vormonatsvergleich um 0,4 % und erhöhten so die Kerninflation von 3,8 auf 4,0 %. Der Anstieg war vor allem auf Zwischenprodukte zurückzuführen, die seit Mai um 0,5 % bzw. um 4,8 % gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres gestiegen waren. Investitionsgüter verteuerten sich diesen Monat indes nur um 0,2 % (2,4 % im Vorjahresvergleich), nicht-dauerhafte Verbrauchsgüter um 0,3 % (4,8 % im Vorjahresvergleich), dauerhafte Konsumgüter blieben unverändert (2,3 %)

PPI steigt



Die Umsätze im europäischen Einzelhandel sanken im Juni um 0,6 %; im Vorjahresvergleich gingen sie um 3,1 % zurück. Der ursprünglich für Mai gemeldete Zuwachs von 1,2 % wurde im Monatsverlauf auf 0,5 % korrigiert. Grund für die schwächeren Juni-Zahlen waren der Rückgang von Nahrungsmittelkäufen um 0,4 % sowie ein Minus von 0,6 % bei der Non-Food-Nachfrage. Gegenüber dem Vorjahr verringerten sich die Nahrungsmittelumsätze um 4,4 %, die Non-Food-Umsätze um 2,2 %. Dabei variierten die Daten von Region zu Region; die stärksten Rückgänge wurden aus Deutschland gemeldet. Aus Italien und Frankreich kamen keine Daten, Spanien berichtete einen Rückgang von 0,5 % und führte damit das negative Bild weiter fort, das dort seit Jahresbeginn allmonatlich vermeldet wird. Weitere bemerkenswerte Rückgänge kamen aus Österreich (-4,1 %) und Portugal (-2,3 %). Positive Ergebnisse wurden aus keinem EU-Mitgliedsstaat gemeldet.

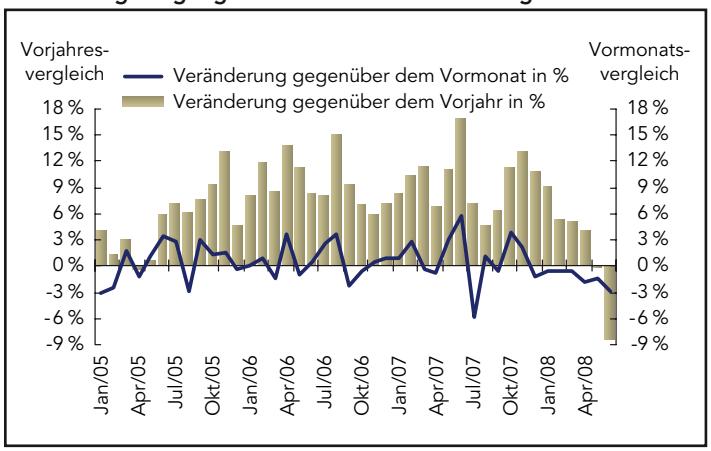
Einzelhandelsumsätze schwächer



Deutschland

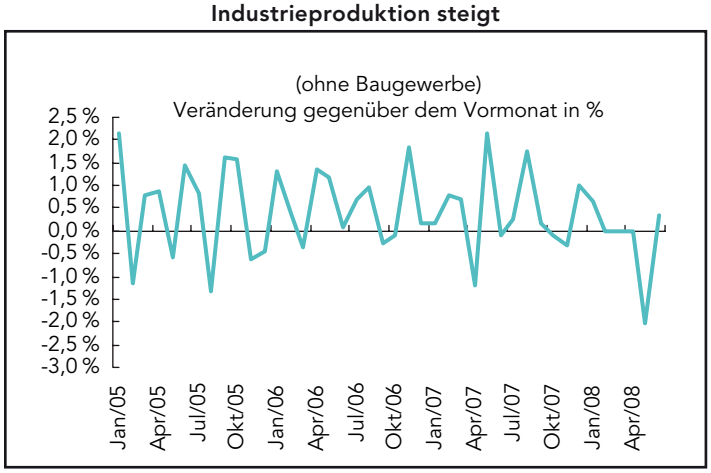
Die Aufträge in der Fertigungsbranche sanken im Juni um 2,9 %; im Vorjahresvergleich verringerten sie sich um 8,4 %. Seit Dezember waren die Auftragszahlen in jedem Monat rückläufig. Grund für das neuerliche Minus war vor allem die Auslandsnachfrage (-5,1 % gegenüber dem Vormonat, -14,1 % gegenüber dem Vorjahr); der Rückgang der Binnennachfrage fiel hingegen mit -1,7 % moderat aus. Bei der Auslandsnachfrage waren in allen Bereichen Rückgänge zu verzeichnen, vor allem jedoch bei Investitionsgütern (-6,1 %). Doch auch Konsumgüter (-3,7 %) und Basisgüter (-3,8 %) entwickelten sich fast ebenso schwach. Die Aufträge aus dem Euroraum sanken um 7,7 % (Investitionsgüter allein: -10,5 %), aus der übrigen Welt um 3,1 %. Bei den Binnenaufträgen war vor allem bei Investitionsgütern (-2,1 %) und Basisgütern (-0,3 %) ein Minus zu verzeichnen, Konsumgüter und dauerhafte Konsumgüter hingegen verbuchten einen überraschend respektablen Wert von 3,1 %.

Auftragseingänge den fünften Monat in Folge schwächer



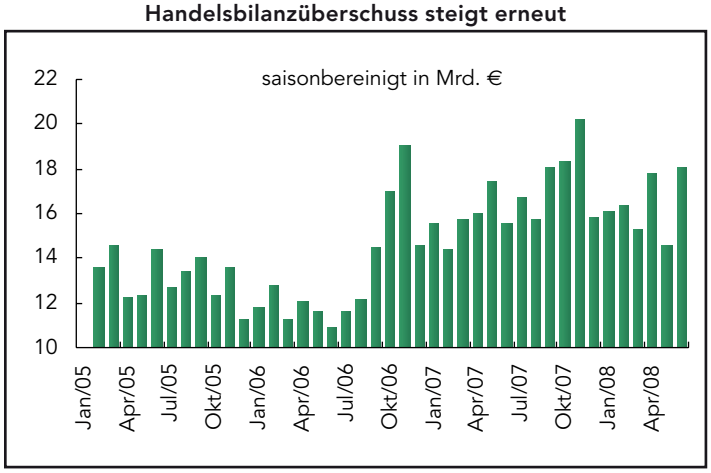
Die Industrieproduktion wuchs im Juni um 0,2 % gegenüber dem Vormonat und um 1,6 % im Vergleich zum Vorjahr. Der von der EZB bevorzugt herangezogene Wert, die Produktion ohne die Baubranche, erhöhte sich um 0,3 % gegenüber dem Vormonat und 1,7 % seit dem Vorjahr. Dabei schnitten die einzelnen Branchen höchst unterschiedlich ab: Bei Investitions- und bei Konsumgütern war ein Zuwachs zu verzeichnen (1,4 % bzw. 1,0 %), der zu einem moderaten Anstieg der Gesamtproduktion von 0,5 % beitrug. Die Energieproduktion hingegen sank gegenüber dem Vormonat um 1,3 %, die Aktivität in der Baubranche fiel sogar um 2,1 %.

Industrieproduktion steigt



Der Handelsbilanzüberschuss stieg im Juni seit dem Vormonat von 14,6 auf 18,1 Milliarden Euro. Die Ausfuhren erhöhten sich um 4,2 %, die Einfuhren hingegen schwächten sich mit -0,1 % leicht ab. Die Gesamtexporte lagen damit 7,9 % höher als im Jahr zuvor, wobei die Ausfuhren innerhalb der EU um 5,9 % stiegen, die in Nicht-EU-Länder um 11,7 %. Die Einfuhren erhöhten sich insgesamt um 5,3 %: Aus EU-Ländern wurde dabei 2,4 % mehr importiert, aus Nicht-EU-Ländern 8,6 % mehr.

Handelsbilanzüberschuss steigt erneut

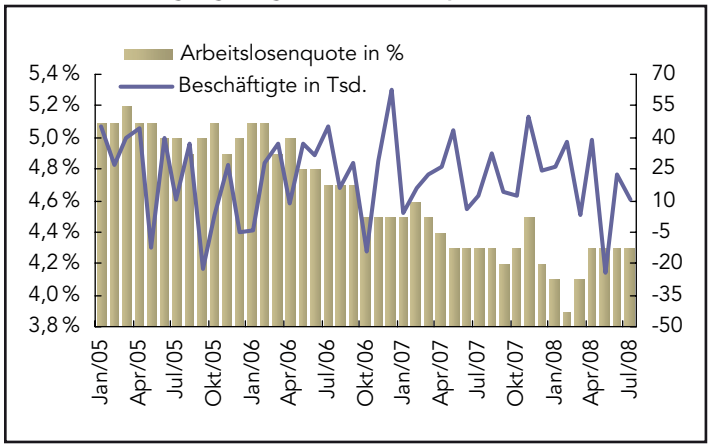


Asiatisch-pazifischer Raum (ohne Japan)

Australien

Die Zahl der Arbeitsplätze erhöhte sich im Juli um 10.900. Dies war der geringste Anstieg seit März, als der Zuwachs 2.900 Stellen betrug. Das Plus für Juni wurde von der ursprünglichen Schätzung von 29.800 auf nun 22.200 revidiert; er fand ausschließlich bei vollzeitlich Beschäftigten statt. Ihre Zahl erhöhte sich um 53.700, die Zahl der Teilzeitbeschäftigten sank hingegen um 42.800. Damit stieg die Beschäftigung in sechs von sieben Monaten des Jahres. Die Arbeitslosenquote blieb seit dem nach oben revidierten Juni-Wert unverändert bei 4,3 %. Die Zahl der Arbeitslosen erhöhte sich jedoch um 5.700. Vollzeitbeschäftigung wurde von 7.200 Menschen mehr gesucht, Teilzeitarbeit hingegen von 1.500 Menschen weniger. Die Erwerbsquote blieb damit stabil bei 65,3 %.

Beschäftigung steigt, Arbeitslosenquote unverändert



Taiwan

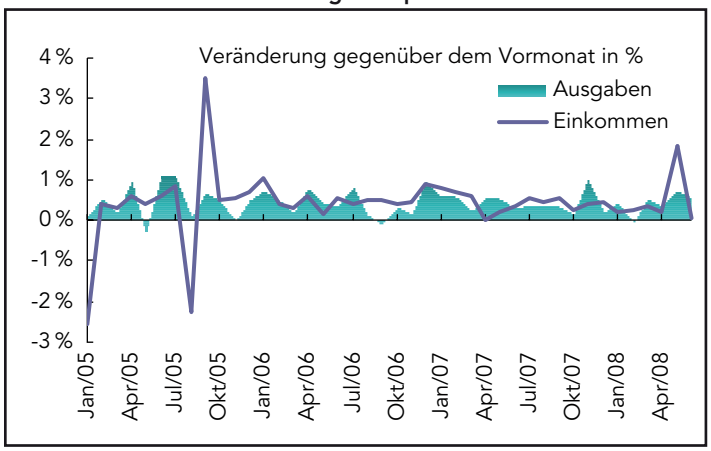
Die Verbraucherpreise stiegen im Juli um 5,92 % im Vorjahresvergleich, da die Regierung die Deckelung von Energiepreisen aufgehoben hatte und Tropenstürme zu steigenden Lebensmittelkosten führten. Dies ist der stärkste Anstieg seit September 1994. Im Juni waren die Preise um 4,97 % gestiegen.

USA

USA

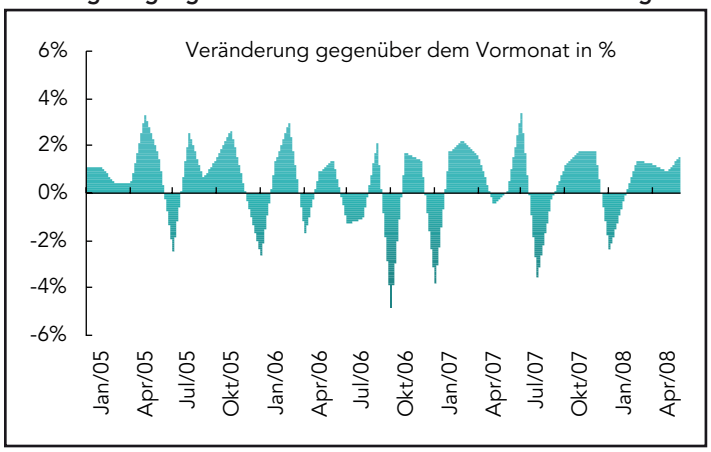
Im Juni erhöhten sich die Einkommen privater Haushalte um 0,1 %; im Mai hatte der Zuwachs 1,8 % betragen. Im Vorjahresvergleich betrug der Anstieg 5,7 %. Dabei verringerte sich der Anstieg der Komponente Löhne und Gehälter auf 0,2 % (Mai: 0,3 %). Positiv zu dem Anstieg im Mai hatten Einkommensteuerrückerstattungen beigetragen. Der private Konsum erhöhte sich um 0,6 % verglichen mit dem Vormonat und 5,3 % im Vorjahresvergleich. Angeführt wurde der Konsum von um 1,3 % höheren Ausgaben für nicht-dauerhafte Konsumgüter, zu denen auch Kraftstoff gehört. Im Wesentlichen war der Zuwachs im Juni auf einen Anstieg der Kraftstoffpreise zurückzuführen, da die realen Konsumausgaben um 0,2 % sanken. Der PCE-Preisindex stieg um 0,8 %; im Mai hatte das Plus 0,5 % betragen. Im Vorjahresvergleich betrug der Anstieg 4,1 %. Der PCE-Kernindex zeigte sich im Juni ebenfalls fester: Er stieg um 0,3 % gegenüber dem Vormonat und 2,3 % seit dem Vorjahr.

Einkommen und Ausgaben privater Haushalte



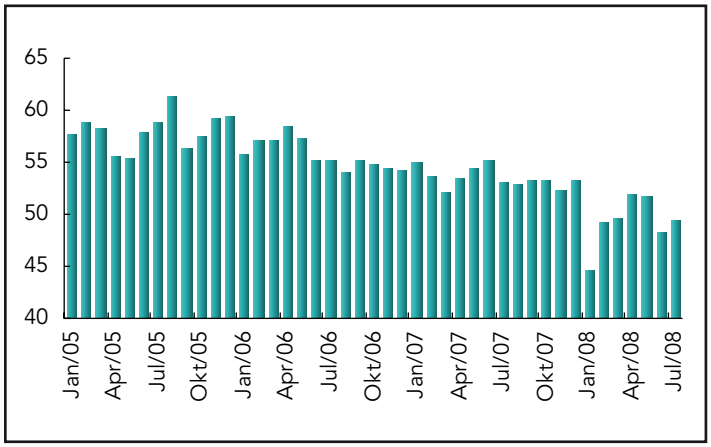
Die Auftragseingänge in der Industrie stiegen im Juni um 1,7 %; im Vorjahresvergleich erhöhten sie sich um 7,1 %. Die Aufträge für nicht-dauerhafte Güter nahmen um 2,5 % zu (Mai: 1,7 %). Aufgrund höherer Preise stiegen Öl- und Kohle-Bestellungen um 2,5 %. Diese Erhöhungen spiegeln die Inflation der Produzentenkosten wider, unter der die Fertigungsbranche leidet. Die Branche versucht, die Kosten an ihre Kunden weiterzureichen. Die Bestellungen von langlebigen Gütern stiegen um 0,8 % und lagen damit auf dem ursprünglich geschätzten Wert. Hüttenmetalle, Metallerzeugnisse, Maschinen und Elektrogüter wurden stark nachgefragt, ebenso Rüstungsgüter. Die Auftragslage bei Transportgütern verschlechterte sich hingegen trotz des Anstiegs bei Fahrzeugen aufgrund der Auftragsrückgänge in der zivilen Luftfahrt. Bestellungen für Investitionsgüter ohne Rüstungsaufträge stiegen deutlich; ohne Berücksichtigung der Luftfahrt waren sie jedoch rückläufig. Die Bestellungen dauerhafter Konsumgüter, einer Kategorie, zu der Kraftstoffe naturgemäß nicht gehören, stiegen nach dem starken Rückgang vom Mai wieder kräftig an.

Auftragseingänge in der Industrie den vierten Monat steigend



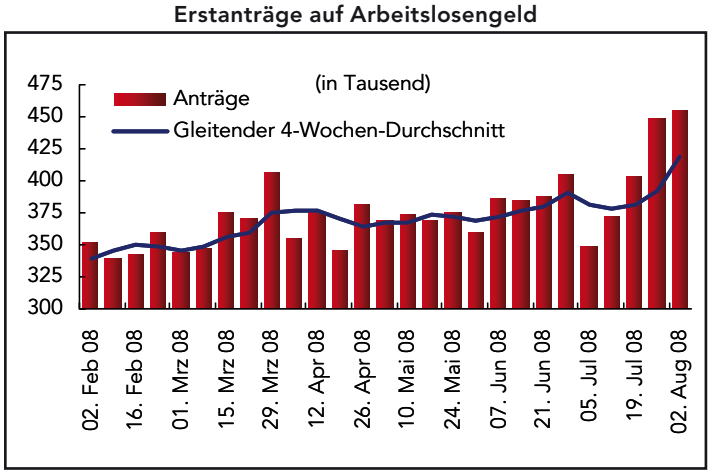
Der ISM-Gesamtindex für das nichtproduzierende Gewerbe erhöhte sich seit Juni von 48,2 auf 49,5 Punkte. Die Neuaufträge sanken auf 47,9 Punkte, den niedrigsten Wert seit Januar und den zweitniedrigsten der gesamten Aufschwungphase. Der Index der allgemeinen Konjunkturlage, der frühere Gesamtindex des Berichts, der einem Produktions- oder Auslieferungsindex entspricht, verschlechterte sich um 0,3 auf 49,6 Punkte. Der Beschäftigungsindex zeigte im Vormonatsvergleich leichte Erholung, wenn auch von seinem sehr niedrigen Junistand von 43,8 auf nun 47,1. Die Lagerbestände erhöhten sich von 53,0 auf 54,5 Punkte. Der Preisdruck bleibt mit 80,8 Punkten sehr hoch, und der anhaltende Nachfragerückgang und die nach wie vor angespannte Beschäftigungslage schlagen offenbar noch nicht auf die Güter durch.

ISM-Index für das nicht-verarbeitende Gewerbe



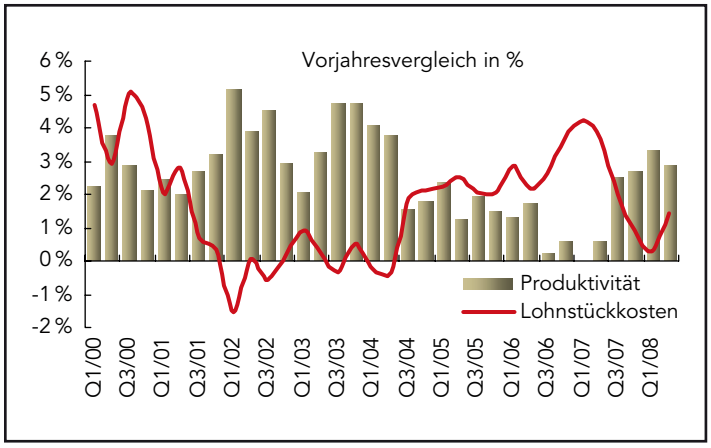
Erstanträge auf Arbeitslosengeld nahmen in der Woche zum 2. August um 7.000 auf 455.000 zu, da die Daten durch die Beschäftigungsprogramme der Regierung aufgeblasen werden. Der gleitende Vierwochendurchschnitt liegt mit 419.000 auf dem höchsten Niveau seit Mitte 2003. Das US-Arbeitsministerium kann nach Berichten der Nachrichtenagentur Market News International die Auswirkungen des Programms, mit dem die Arbeitslosenhilfe auf breiterer Basis bereitgestellt werden soll, noch nicht genau quantifizieren. Die Zahl der Weiterbewilligungsanträge stieg in der Woche zum 26. Juli um 31.000 auf 3,311 Millionen, d. h. auf den höchsten Stand seit Ende 2003.

Erstanträge auf Arbeitslosengeld



Das Produktivitätswachstum erhöhte sich aufs Jahr hochgerechnet um 2,2%; im 1. Quartal hatte das Plus noch 2,6% p. a. betragen. Die Lohnstückkosten wuchsen nur noch um 1,3% p. a.; im 1. Quartal hatte der Anstieg noch 2,5% betragen. Grund für den schwächeren Produktivitätszuwachs war ein langsamerer Rückgang der Arbeitsstunden: Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden sank aufs Jahr hochgerechnet um 0,5%, nach einem Rückgang von 1,6% im 1. Quartal. Die Produktion erhöhte sich um annualisierte 1,7%, nachdem sie im Vorquartal um 0,9% gestiegen war. Der Stundenlohn stieg mit annualisierten 3,6% im 2. Quartal nur moderat, im Quartal zuvor hatte der Anstieg noch um 5,2% betragen. Gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres wuchs die Produktivität um 2,8%, die Lohnstückkosten erhöhten sich im Vorjahresvergleich um 1,5%.

Produktivität und Lohnstückkosten



Fazit und Ausblick

Die in der vergangenen Woche veröffentlichten Daten vermitteln den Eindruck schwächelnder Volkswirtschaften in Europa, Asien/Pazifik und den USA. Die Ergebnisse der Einkaufsmanager-Befragungen, die am Freitag bekannt wurden, gaben keinen Anlass zur Freude, und auch die Einzelhandelsdaten aus Deutschland und Australien, die einige Tage zuvor veröffentlicht worden waren, fielen relativ schwach aus und zeugten von einer abnehmenden Konsumlust der Verbraucher. Das Wachstum der US-Wirtschaft enttäuschte. Die Beschäftigung ging im siebten Monat in Folge zurück, fiel allerdings weniger deutlich als erwartet – das löste eine Minirally aus, die von kurzer Dauer war.

Diese Woche dreht sich alles um die Notenbanken. Die erste Ankündigung wird von der Reserve Bank of Australia am Dienstag erwartet. Experten gehen davon aus, dass die RBA ihren Leitzins trotz der schwächeren Konjunktur bei 7,25 % lässt, da der Inflationsdruck andauert. Die begleitende Stellungnahme wird sehr genau analysiert werden, besonders von Beobachtern mit speziellem Interesse für Zinsunterschiede (Spreads). Ebenfalls am Dienstag, aber 14 Stunden später, wird die US-Notenbank Federal Reserve das Ergebnis der Sitzung ihres Offenmarktausschusses bekannt geben. Es wird nicht erwartet, dass sich am derzeitigen Tagesgeldsatz von 2 % etwas ändert, aber die Analysten werden mit Sicherheit jedes Wort der begleitenden Mitteilung eingehend analysieren. Die Woche endet am Donnerstag mit den Statements der Bank of England und der Europäischen Zentralbank. Wegen des Inflationsdrucks wird nicht erwartet, dass eine der beiden ihren maßgeblichen Zinssatz von 5 % beziehungsweise 4,25 % ändert. Da die Bank of England keine Stellungnahme veröffentlicht, werden die Analysten besonders genau zuhören, was EZB-Präsident Jean Claude Trichet auf der Pressekonferenz im Anschluss an die EZB-Ratssitzung zu sagen hat.

Vorausschau: 11. – 15. August 2008

Notenbanken

13. August	Großbritannien	Inflationsbericht der Bank of England

Die folgenden Indikatoren werden in dieser Woche veröffentlicht

Europa

11. August	Frankreich	Industrieproduktion (Juni)
	Großbritannien	Erzeugerpreisindex (Juli)
		Warenhandelsbilanz (Juni)
12. August	Großbritannien	Verbraucherpreisindex (Juli)
13. August	EWWU	Industrieproduktion (Juni)
	Großbritannien	Arbeitsmarktbericht (Juli)
14. August	EWWU	Bruttoinlandsprodukt (Q2 2008, Vorausschätzung)
		Harmonisierter Index der Verbraucherpreise (Juli)
	Deutschland	Bruttoinlandsprodukt (Q2 2008, Vorausschätzung)
	Frankreich	Bruttoinlandsprodukt (Q2 2008, Vorausschätzung)

Asiatisch-pazifischer Raum

12. August	Japan	Corporate Goods Price Index (Juli)
13. August	Japan	Bruttoinlandsprodukt (Q2 2008, vorläufig)
14. August	Japan	Index für den tertiären Sektor (Juni)

Amerika

12. August	Kanada	Warenhandelsbilanz (Juni)
	USA	Warenhandelsbilanz (Juni)
13. August	USA	Einzelhandelsumsätze (Juli)
		Import/Export-Preisindizes (Juli)
		Lagerbestände (Juni)
14. August	USA	Verbraucherpreisindex (Juli)
		Erstanträge auf Arbeitslosenunterstützung (Woche bis vorigen Samstag)
15. August	Kanada	Auslieferungen der Fertigungsbranche (Juni)
	USA	TIC-Bericht (Treasury International Capital) für Juni
		Industrieproduktion (Juli)
		Verbrauchervertrauen (vorläufig für August)